PRESSEMITTEILUNG DES BUNDESVERBANDES SOLARWIRTSCHAFT

Solarwirtschaft warnt vor Energiewende-Bremse

BSW-Solar fordert Bundestag zu grundlegender Überarbeitung von EEG und Netzpaket auf / Bürgerbeteiligung stärken statt erschweren / Klimaschutz, Resilienz und Arbeitsplätze nicht gefährden

Berlin, 24.09.2026: Vor der ersten Lesung von EEG-Novelle und Netzpaket im Deutschen Bundestag warnt der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW-Solar) vor neuen Hürden für den weiteren Ausbau der Solarenergie. Nach Einschätzung des Verbandes drohen die Gesetzentwürfe Investitionen auf privaten Dächern ebenso wie in große Solarparks erheblich zu erschweren und damit auch die Beteiligungsmöglichkeiten von Bürgerinnen und Bürgern an der Energiewende deutlich einzuschränken.

„Millionen Menschen wollen sich an der Energiewende beteiligen und selbst in Solarenergie investieren. Der Gesetzgeber sollte ihnen dabei keine neuen Steine in den Weg legen", erklärt Carsten Körnig, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes Solarwirtschaft. „Wir appellieren an den Bundestag, EEG und Netzpaket grundlegend nachzubessern: Bürgerenergie muss attraktiv bleiben, günstiger Solarstrom darf nicht künstlich verteuert werden und Netzengpässe sollten mit Speichern und mehr Flexibilität gelöst werden – nicht mit neuen Investitionsbarrieren."

Nach Ansicht des BSW-Solar stehen die geplanten Einschnitte auch im Widerspruch zum Koalitionsvertrag und zentralen Herausforderungen für Deutschland. Mehr heimisch erzeugter Solarstrom reduziere die Abhängigkeit von fossilen Energieimporten, schütze Verbraucher und Unternehmen besser vor internationalen Energiepreisschocks und immensen Klimafolgekosten. Allein zwischen 2020 und 2025 führte die Solarenergie nach Einschätzung des Verbandes zu Einsparungen bei fossilen Energieimporten Klimaschadenskosten von bis zu 270 Milliarden Euro. Der BSW-Solar warnt zugleich davor, durch verschlechterte Investitionsbedingungen Wertschöpfung und Zehntausende Arbeitsplätze in der Solarwirtschaft zu gefährden.

Bürgerinnen und Bürger nicht aus der Energiewende drängen

Besonders kritisch bewertet der BSW-Solar die geplanten Änderungen für neue Solaranlagen auf privaten und gewerblichen Dächern. Der Gesetzentwurf sieht für neue Photovoltaikanlagen unter 25 Kilowatt nur noch eine auf drei Jahre begrenzte Vergütung von 5,2 Cent je Kilowattstunde vor. Anschließend sollen auch private Betreiber ihren nicht selbst genutzten Solarstrom an der Strombörse direkt vermarkten, wofür absehbar weder die technischen noch wirtschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

Nach Ansicht des Verbandes drohen damit ausgerechnet für kleinere Anlagen zusätzliche Hürden und Unsicherheiten. Dabei ist der Wunsch der Bevölkerung nach einer weiteren Beteiligung an der Energiewende groß: In einer repräsentativen YouGov-Befragung im Auftrag des BSW-Solar sprachen sich 78 Prozent der Befragten dafür aus, die Solarförderung mindestens auf dem bisherigen Niveau zu erhalten oder zu erhöhen. Lediglich elf Prozent befürworteten Kürzungen.

„Die Energiewende ist auch deshalb so erfolgreich, weil Bürgerinnen und Bürger selbst zu Energieerzeugern geworden sind. Diese Bereitschaft sollte die Politik nutzen und nicht

PRESSEKONTAKT/
REDAKTIONELLE
RÜCKFRAGEN:

Bundesverband
Solarwirtschaft e. V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

presse@bsw-solar.de
Tel.: 030 29 777 88 30

www.solarwirtschaft.de

durch unnötige Komplexität und schlechtere Investitionsbedingungen schwächen“, so Körnig.

Günstigen Solarstrom nicht künstlich verteuern

Auch bei größeren Solarparks sieht der Verband erheblichen Nachbesserungsbedarf. Neue Solarparks erzeugen Strom nach Berechnungen des BSW-Solar bereits für rund fünf Cent je Kilowattstunde und gehören damit zu den kostengünstigsten Formen der Stromerzeugung. Gleichzeitig könnten sich nach Einschätzung des Verbandes mehrere geplante Belastungen summieren und die Stromerzeugungskosten neuer Solarparks um mehr als einen Cent je Kilowattstunde erhöhen.

Dazu zählen insbesondere der teilweise Wegfall von Entschädigungszahlungen bei netzbedingten Abregelungen, Begrenzungen der Einspeiseleistung sowie weitere mögliche Abgaben und Netzkosten. Auch die geplanten zweiseitigen Differenzverträge müssen nach Auffassung des BSW-Solar so ausgestaltet werden, dass Investitions- und Vermarktungsrisiken nicht einseitig bei den Anlagenbetreibern verbleiben. Der Verband setzt sich gemeinsam mit weiteren Energie- und Handwerksverbänden für einen angemessenen Marktwertkorridor ein.

„Solarenergie ist ein Kostensenker im Stromsystem. Sie schützt Wirtschaft und Verbraucher zugleich vor den Preisrisiken fossiler Energieimporte. Neue Regeln sollten deshalb Investitionen günstiger und einfacher machen – nicht eine der preiswertesten heimischen Stromquellen verteuern“, erklärt Körnig.

Netzengpässe lösen statt neue „Sperrzonen“ schaffen

Besonders problematisch bewertet der BSW-Solar den im Netzpaket vorgesehenen Redispatch-Vorbehalt. In ausgewiesenen Netzengpassgebieten sollen Betreiber neuer Solar- und Windparks für einen Teil netzbedingt abgeregelter Strommengen zeitweise keine Entschädigung mehr erhalten. Der Verband warnt davor, dass dadurch Investitionen gerade in Regionen mit hohem Potenzial für erneuerbare Energien erheblich erschwert werden könnten.

Dass es Alternativen gibt, zeigt nach Auffassung des BSW-Solar eine aktuelle Kurzstudie des Fraunhofer IEE: Intelligent gesteuerte Batteriespeicher an Umspannwerken könnten allein an 1.313 untersuchten ländlichen Standorten eine technische Größenordnung von rund 150 Gigawatt zusätzlicher Photovoltaikleistung im bestehenden Netz ermöglichen.

„Temporäre Netzengpässe dürfen nicht dazu führen, dass ganze Regionen für neue Investitionen in erneuerbare Energien unattraktiv werden“, sagt Körnig. „Wir sollten die vorhandenen Netze intelligenter nutzen, Speicher schneller ausbauen und Flexibilität belohnen. Das stärkt zugleich die Resilienz unseres Energiesystems.“

Ausbautempo und Investitionen sichern

Deutschland verfügt inzwischen über mehr als sechs Millionen Solarstromanlagen. Im August wurde eine installierte Photovoltaikleistung von rund 128 Gigawatt erreicht. Bis zum gesetzlichen Ausbauziel von 215 Gigawatt im Jahr 2030 müssen jedoch noch rund 87 Gigawatt hinzukommen.

PRESSEKONTAKT/
REDAKTIONELLE
RÜCKFRAGEN:

Bundesverband
Solarwirtschaft e. V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

presse@bsw-solar.de
Tel.: 030 29 777 88 30

www.solarwirtschaft.de

Der BSW-Solar appelliert deshalb an die Abgeordneten des Deutschen Bundestages, EEG-Novelle und Netzpaket im parlamentarischen Verfahren so zu überarbeiten, dass Bürgerinnen und Bürger weiterhin unkompliziert an der Energiewende teilhaben können, Investitionen in günstigen Solarstrom attraktiv bleiben und Speicher sowie andere Flexibilitäten einen größeren Beitrag zur Netzintegration übernehmen können.

„Es geht hier um mehr als um einzelne Förderregeln“, so Körnig. „Es geht um bezahlbare Energie, weniger Abhängigkeit von Energieimporten, Klimaschutz und um einen Zukunftsmarkt mit Zehntausenden Arbeitsplätzen. Deutschland sollte diese Stärke nicht durch vermeidbare Investitionsbremsen aufs Spiel setzen. Unzählige Menschen und Unternehmen sind bereit, weiter in die Energiewende zu investieren. Dieses Engagement sollte der Gesetzgeber stärken und nicht ausbremsen.“

PRESSEKONTAKT/
REDAKTIONELLE
RÜCKFRAGEN:

Bundesverband
Solarwirtschaft e. V.
EUREF-Campus 16
10829 Berlin

presse@bsw-solar.de
Tel.: 030 29 777 88 30

www.solarwirtschaft.de